

SOEPpapers

on Multidisciplinary Panel Data Research

378

Jan Goebel • Markus M. Grabka

Entwicklung der Altersarmut in Deutschland

Berlin, May 2011

SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research at DIW Berlin

This series presents research findings based either directly on data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) or using SOEP data as part of an internationally comparable data set (e.g. CNEF, ECHP, LIS, LWS, CHER/PACO). SOEP is a truly multidisciplinary household panel study covering a wide range of social and behavioral sciences: economics, sociology, psychology, survey methodology, econometrics and applied statistics, educational science, political science, public health, behavioral genetics, demography, geography, and sport science.

The decision to publish a submission in SOEPpapers is made by a board of editors chosen by the DIW Berlin to represent the wide range of disciplines covered by SOEP. There is no external referee process and papers are either accepted or rejected without revision. Papers appear in this series as works in progress and may also appear elsewhere. They often represent preliminary studies and are circulated to encourage discussion. Citation of such a paper should account for its provisional character. A revised version may be requested from the author directly.

Any opinions expressed in this series are those of the author(s) and not those of DIW Berlin. Research disseminated by DIW Berlin may include views on public policy issues, but the institute itself takes no institutional policy positions.

The SOEPpapers are available at
<http://www.diw.de/soeppapers>

Editors:

Georg **Meran** (Dean DIW Graduate Center)

Gert G. **Wagner** (Social Sciences)

Joachim R. **Frick** (Empirical Economics)

Jürgen **Schupp** (Sociology)

Conchita **D'Ambrosio** (Public Economics)

Christoph **Breuer** (Sport Science, DIW Research Professor)

Elke **Holst** (Gender Studies)

Martin **Kroh** (Political Science and Survey Methodology)

Frieder R. **Lang** (Psychology, DIW Research Professor)

Jörg-Peter **Schräpler** (Survey Methodology, DIW Research Professor)

C. Katharina **Spieß** (Educational Science)

Martin **Spieß** (Survey Methodology, DIW Research Professor)

ISSN: 1864-6689 (online)

German Socio-Economic Panel Study (SOEP)
DIW Berlin
Mohrenstrasse 58
10117 Berlin, Germany

Contact: Uta Rahmann | soeppapers@diw.de

Entwicklung der Altersarmut in Deutschland

Jan Goebel und Markus M. Grabka*

Erscheint im Frühjahr 2011 in: DIW-Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Vol. 80, Heft 1.

Stichworte: SOEP, Alter, Armut

* Jan Goebel und Markus M. Grabka, Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel im DIW Berlin, Mohrenstr. 58, 10117 Berlin. jgoebel@diw.de, mgrabka@diw.de

1. Motivation

Das Auftreten von Armut im Alter ist für die Sozialpolitik ein Problem mit speziellem Handlungsbedarf. Anders als bei anderen von Armut betroffenen Personengruppen sind die zu erwarteten Einkommensmobilitäten, die einen Austritt aus der Armut ermöglichen könnten, gering. Mit dem Eintritt in den Ruhestand werden keine weiteren Anwartschaften an die diversen Alterssicherungssysteme mehr erworben, das Maximum an Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme ist bereits erreicht. Die Höhe der regelmäßig bezogenen Renten ist festgelegt und wird sich nur durch eventuelle Rentenanpassungen ändern. Die ökonomische Situation eines Rentners ist damit maßgeblich determiniert und ändert sich für gewöhnlich nur durch Erbschaften und Schenkungen oder Veränderungen der Haushaltskonstellation (u.a. Bezug einer Witwen-/Witwerrente bei Tod des Ehepartners). Ist der Renteneintritt durch eine unterdurchschnittliche Einkommensposition gekennzeichnet, ist das Risiko groß, dass solch eine Person dauerhaft in Altersarmut lebt. Durch eigene Erwerbstätigkeit auch nach dem Beginn der Rentenphase kann das Risiko für Altersarmut abgemildert werden, jedoch treten insbesondere im höheren Alter verstärkt gesundheitliche Probleme auf, die einerseits zusätzliche Ausgaben in Form von Behandlungskosten generieren und andererseits eine Erwerbstätigkeit ausschließen können. Altersarmut kann so zu einer ausweglosen Lage für ältere Menschen werden.

Im folgenden Beitrag soll die Entwicklung von Altersarmut und die ökonomische Situation älterer Menschen in Deutschland beschrieben werden. Neben der ersten Säule der Alterssicherung, die in Deutschland für die Mehrheit der Bevölkerung aus der gesetzlichen Rentenversicherung besteht, sollen auch weitere Einkunftsarten aus der 2. und 3. Säule der Alterssicherung (Betriebsrenten und private Absicherung) dargestellt werden, um eine umfassende Beschreibung der Einkommenssituation der älteren Bevölkerung vornehmen zu können. Neben laufenden Rentenzahlungen aus privaten Versicherungen zählt zur 3. Säule der Alterssicherung auch das private Vermögen z.B. in Form von Immobilien oder Lebensversicherungen. Bisher liegen kaum Analysen vor, die die laufenden Einkommen und das Vermögen gleichzeitig berücksichtigen, um die Wohlfahrtsposition älterer Menschen umfassend darzustellen.¹ Der vorliegende Beitrag zeigt auf, wie groß das Ausmaß von Einkommensarmut bei Berücksichtigung der Vermögenssituation älterer Menschen ist. Letztlich wird ein Ausblick über die zu erwartende Entwicklung der Altersarmut in Deutschland gegeben.

¹ Vgl. auch Schupp 2009 für eine kritische Bewertung vorliegender Studien zur Altersarmut in Ostdeutschland.

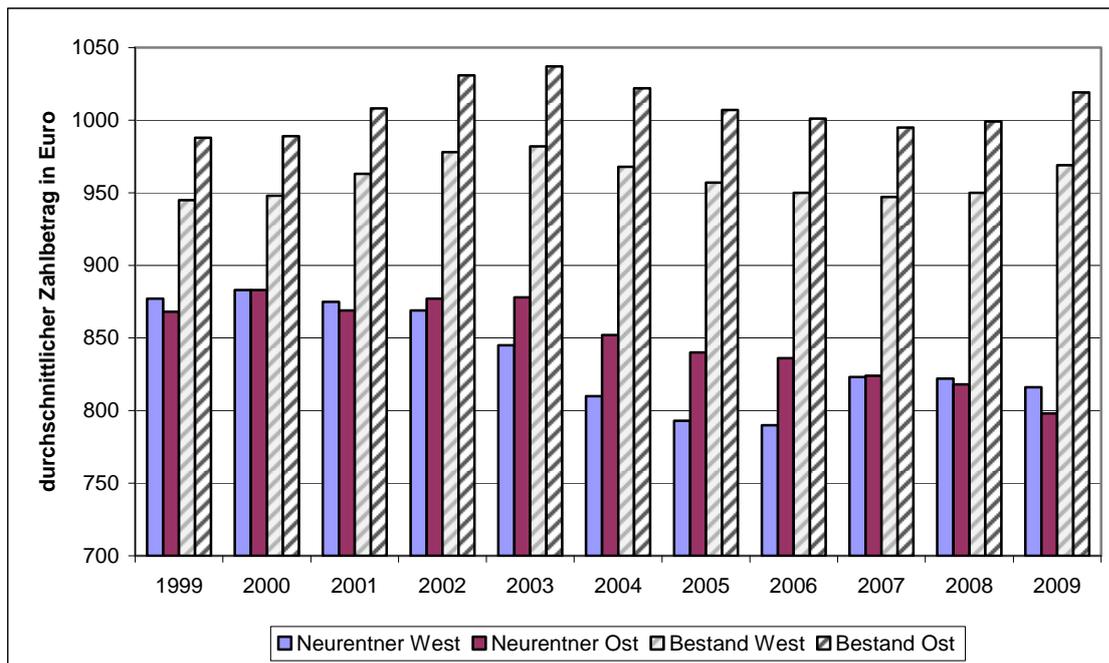
2. Entwicklung der Rentenzahlbeträge bei Neurentnern

Für die große Mehrheit der Bevölkerung stellt die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) den zentralen Pfeiler ihrer Alterssicherung dar. Die Höhe der durchschnittlichen GRV-Zahlbeträge bei Rentnern gibt daher einen ersten Einblick über die ökonomische Situation älterer Menschen in Deutschland. In Abbildung 1 wird, beschränkt auf männliche Rentner, eine Unterscheidung nach Ost- und Westdeutschland vorgenommen und zudem nach Bestands- und Neurentnern getrennt.² Im Verlauf der letzten 10 Jahre zeigt sich, dass die Höhe der durchschnittlichen Zahlbeträge bei Bestandsrentnern in Ostdeutschland mit rund 1000 Euro durchweg um 50 Euro höher ausfällt als in Westdeutschland. Demgegenüber fallen die Zahlbeträge für die Gruppe der Neurentner durchweg deutlich geringer aus als für Bestandsrentner. Lagen im Jahre 1999 die Neurentner in Westdeutschland (Ostdeutschland) nur knapp 70 (120) Euro hinter den Bestandsrentnern, so ist bis zum Jahre 2009 diese Differenz stark angewachsen und beträgt nun rund 150 (220) Euro. Auffallend ist zudem, dass für Neurentner seit dem Jahr 2000 die nominalen Zahlbeträge deutlich gesunken sind. Aktuell beläuft sich die Höhe des Zahlbetrags bei einer Neurente in Westdeutschland nur noch auf rund 820 Euro bzw. 800 Euro in Ostdeutschland. Damit liegt die durchschnittliche Rente bei Männern, die eine Rente neu bezogen haben, nur noch wenig über dem Niveau der Grundversicherung im Alter. Die Entwicklung bei den Zahlbeträgen für Frauen verlief ähnlich, wengleich auf einem deutlich niedrigeren Niveau insbesondere bei den Bestandsrentnerinnen.

Ursachen für die rückläufigen Zahlbeträge bei Neurentnern dürften vor allem Erwerbsunterbrechungen in Form von Arbeitslosigkeit und dem vorzeitigen Bezug einer Rente vor der Regelaltersgrenze mit damit verbundenen Abschlägen sein. Bei Versichertenrenten mussten im Jahre 2009 65% der männlichen Neurentner in Ost- und 50% in Westdeutschland Abschläge in Kauf nehmen (Deutsche Rentenversicherung Bund 2010). Die Höhe dieser Abschläge summierte sich im Durchschnitt auf rund 100 Euro. Bei Rentnerinnen in Ostdeutschland machte der Anteil derer, die mit Abschlägen in die Rente gegangen sind, sogar 82% aus – in Westdeutschland lag dieser Wert bei 52%.

² Zu der Gruppe der Neurentner zählen Personen, die seit dem letzten Berichtsjahr in der GRV eine Rente neu bezogen haben (Rentenzugang).

Abbildung 1: Entwicklung der durchschnittlichen Zahlbeträge von Bestands- und Neurentnern der GRV – nur Männer 1999-2009



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund (2010).

Berücksichtigt man noch die Inflation, so verschlechtert sich das Bild deutlich. Vergleicht man den Realwert des durchschnittlichen Zahlbetrags einer GRV-Rente für Männer des Jahres 1999 mit dem entsprechenden Wert aus 2009, so kann ein inflationsbedingter Verlust von rund 12% konstatiert werden.

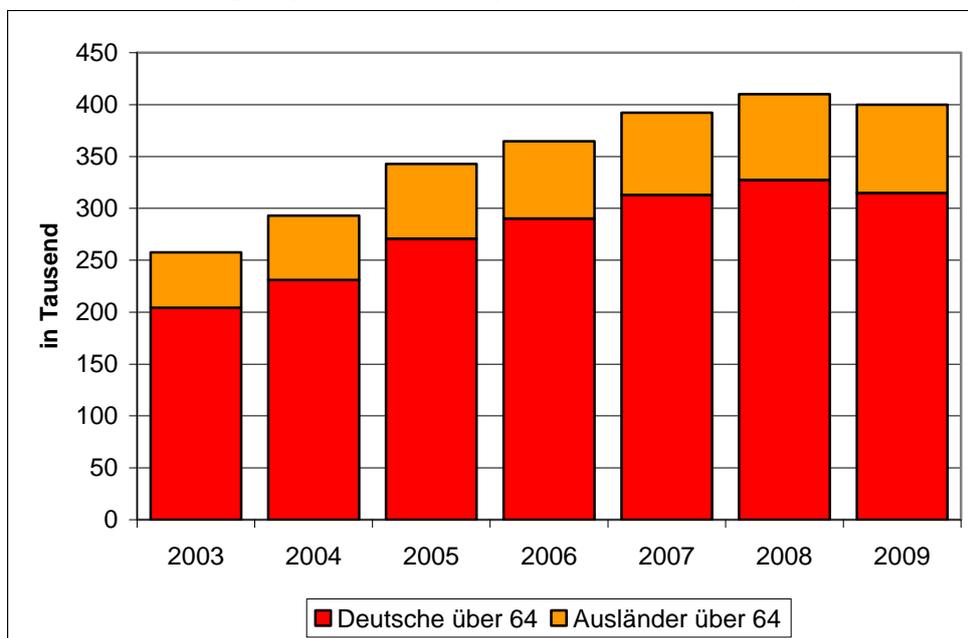
Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sowohl bei den Bestands- als auch bei den Neurentnern, stellt sich die Frage, ob das Risiko für Einkommensarmut im Alter generell zugenommen hat, oder ob andere Einkommensquellen oder auch Einkommen von anderen Haushaltsmitgliedern dazu geführt haben, die Wohlfahrtsposition von älteren Menschen in Deutschland zu sichern. Diese Fragestellung ist insbesondere vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Neuausrichtung der Alterssicherung in Deutschland mit einer stärkeren Betonung der privaten Absicherung für das Alter von Bedeutung.

3. Entwicklung des Armutsrisikos und des Einkommensportfolios

Ein erster Hinweis auf ein zunehmendes Risiko für Altersarmut liefert die Zahl der Empfänger der Grundsicherung im Alter, die als bedarfsorientierte Sozialleistung für hilfebedürftige Personen das letzte Netz der sozialen Sicherung für ältere Menschen in Deutschland darstellt.³

Die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter ist seit deren Einführung im Jahre 2003 deutlich gestiegen. Waren in 2003 noch knapp 258.000 Personen bezugsberechtigt so ist die Zahl der Betroffenen auf knapp 400.000 in 2009 gestiegen (Abbildung 2). Hierbei muss angemerkt werden, dass auch die Zahl älterer Menschen zugenommen hat. Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der Personen über 64 Jahren zwischen 2003 und 2009 um knapp 14% gestiegen, die Steigerungsraten bei der Grundsicherung im Alter liegen jedoch deutlich höher. Für Deutsche mit 54% und für Ausländer mit 59% dabei aber auf einem ähnlich hohem Niveau. Zu betonen ist die deutliche Überrepräsentierung der ausländischen Bevölkerung, die mit ca. 20% mehr als das doppelte ihres Bevölkerungsanteils ausmacht.

Abbildung 2: Empfänger von Leistungen der Grundsicherung im Alter nach Nationalität



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011a)

³ Neben der Grundsicherung im Alter werden Transferleistungen im Falle von Pflegebedürftigkeit auch von der klassischen Sozialhilfe gewährt.

Das Niveau der Grundsicherung im Alter kann als absolute Armutsschwelle aufgefasst werden. Eine ausreichende gesellschaftliche Teilhabe ist damit nicht gewährleistet, da in der Regelsatzberechnung nicht alle relevanten Bedarfe berücksichtigt werden (Becker 2010).

Im Folgenden wird aus diesem Grunde das relative Einkommensarmutskonzept gemäß der europäischen Sozialberichterstattung⁴ verwendet. Das Armutsrisiko ist hier definiert als ein bedarfsgewichtetes verfügbares Einkommen von weniger als 60% des Medians der Gesamtbevölkerung.⁵ Zu Grunde gelegt wird dabei das verfügbare Einkommen (nach Steuern und sozialen Transfers) des Haushaltes im Vorjahr. Im Jahre 2009 lag die Armutsschwelle, also der Wert, ab dem eine Person nicht mehr von relativem Armutsrisiko bedroht war, bei 935 Euro für einen Einpersonenhaushalt.

In Abbildung 3 ist der Verlauf der Armutsrisikoquote für Ost- und Westdeutschland ausgewiesen. Zum einen für die Gesamtbevölkerung des jeweiligen Landesteils und zum anderen für Personen im Alter ab 65 Jahren. In Westdeutschland war in den 90er Jahren das Armutsrisiko bei älteren Menschen fast durchweg höher als in der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 1992 lebten etwa 15% der älteren Menschen in Westdeutschland unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Dies waren knapp sechs Prozentpunkte mehr als bei der Gesamtbevölkerung. Bis Mitte der 2000er Jahre haben sich das Armutsrisiko der älteren Menschen in Westdeutschland und das der Gesamtbevölkerung angenähert und verlaufen seitdem auf gleichem Niveau. Das Armutsrisiko für die Gesamtbevölkerung ist in Westdeutschland seit der Jahrtausendwende deutlich angestiegen und erreicht am aktuellen Rand seinen bisherigen Höchstwert von 13,6%.

Für Ostdeutschland lässt sich eine andere Entwicklung konstatieren. Während des Transformationsprozesses bis Mitte der 90er Jahre lag das Armutsrisiko der älteren Menschen in Ostdeutschland zum Teil markant über dem der Gesamtbevölkerung, nahm aber schnell und stetig bis zum Jahr 1999 ab. Dies kennzeichnet auch das Jahr, bei dem das Armutsrisiko der älteren Menschen in Ostdeutschland erstmals unterhalb des Risikos der Gesamtbevölkerung in Ostdeutschland fiel. Seitdem schwankt das Armutsrisiko für die älteren Menschen in Ostdeutschland zwischen 10% und 12%, während für die Gesamtbevölkerung in Ostdeutsch-

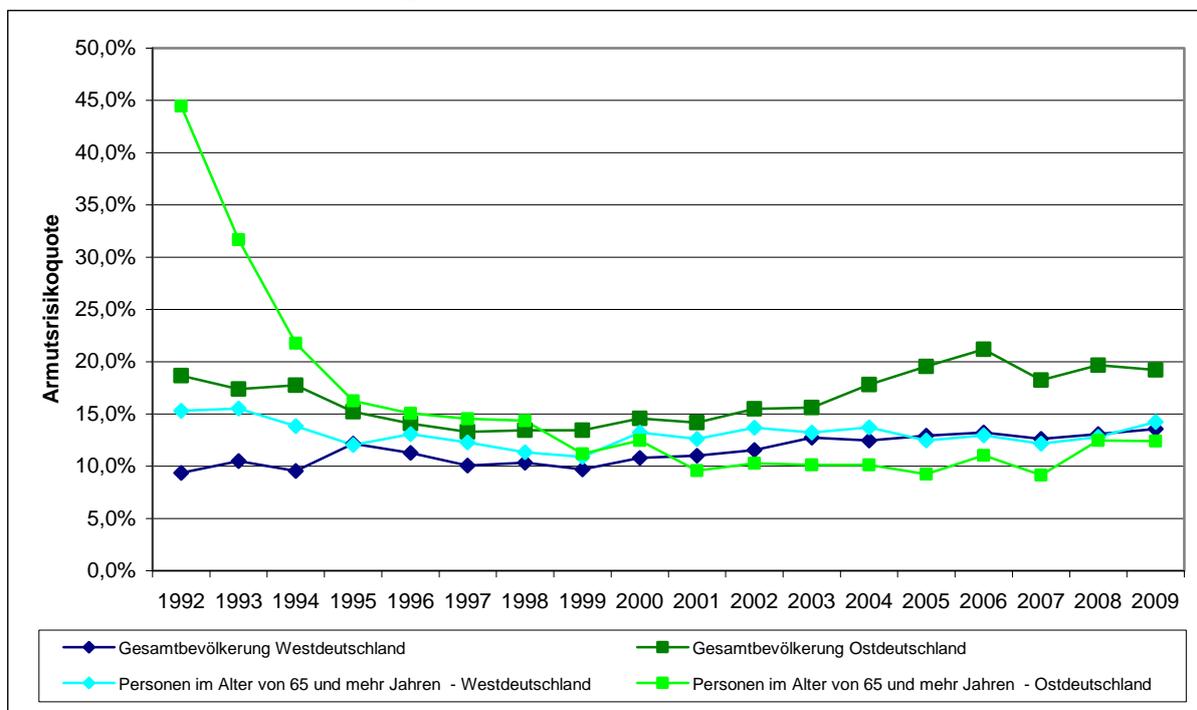
⁴ Für die europäische Sozialberichterstattung werden die so genannten Laeken-Indikatoren von EU-Mitgliedsland jährlich errechnet, vgl. Atkinson et al. (2002).

⁵ Als Bedarfsgewicht wurde die modifizierte OECD-Äquivalenzskala verwendet, dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, Kinder bis 14 Jahren ein Gewicht von 0,3 und alle weiteren Personen ein Gewicht von 0,5.

land ein ausgeprägter Zuwachs von relativer Einkommensarmut zu beobachten ist. Im Jahre 2005 lag das Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung in Ostdeutschland mit knapp 20% um gut zehn Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert der älteren Menschen im Ostteil des Landes. Seitdem nähern sich die Quoten wieder etwas an, der Abstand beträgt aber weiterhin knapp sieben Prozentpunkte. Ursache für das weitaus höhere Armutsrisiko für den jüngeren Bevölkerungsteil in Ostdeutschland ist die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit von der definitionsgemäß Personen im Ruhestand nicht mehr betroffen sind und das im Vergleich zu Westdeutschland geringere Lohnniveau (Goebel et al. 2010).

Insgesamt zeigt sich, dass das Armutsrisiko für ältere Menschen in Deutschland in den vergangenen 10 Jahren in etwa gleich geblieben ist. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung der jeweiligen Landesteile liegt die Armutsrisikoquote von Älteren im Westen gleichauf, im Osten ist sogar ein geringeres Armutsrisiko für ältere Menschen zu beobachten. Differenziert man zusätzlich nach dem Status der älteren Menschen so zeigt sich, dass Altersarmut bei Pensionärshaushalten faktisch nicht auftritt. Das Armutsrisiko dieser Gruppe lag im Beobachtungszeitraum bei weniger als 1%.

Abbildung 3: Armutsrisiko in der Gesamtbevölkerung und von Personen im Alter ab 65 Jahren nach Region – 1992-2009



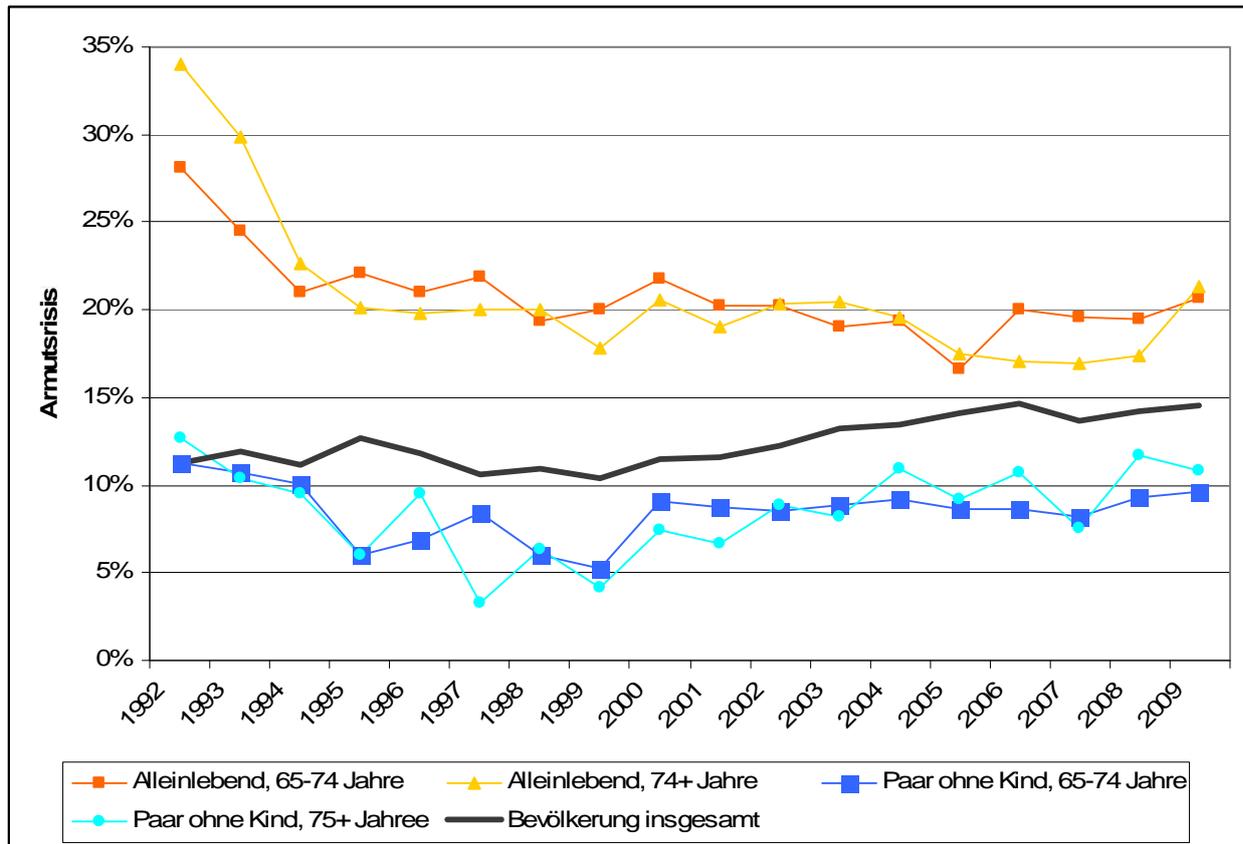
Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

Diese vergleichsweise positive Entwicklung bei der Armutsrisikoquote von älteren Menschen kann auch das Ergebnis von Veränderungen der Haushaltstrukturen sein, in denen diese Personen leben. In Abbildung 4 wird daher das Armutsrisiko nach dem Haushaltstyp ausgewiesen. Mehr als die Hälfte der älteren Bevölkerung lebt mit einem Ehe-/Partner zusammen (Grabka und Frick 2010). Das Armutsrisiko dieser Zweipersonenhaushalte hat sich in den vergangenen fast zwei Jahrzehnten deutlich verändert. Zu Beginn der 90er Jahre wiesen diese ein leicht überdurchschnittliches Armutsrisiko im Vergleich zur Gesamtbevölkerung auf. Bis zum Jahre 1999 ist dieses bis auf rund fünf Prozentpunkte gesunken und lag damit nur halb so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Seitdem macht das Armutsrisiko dieser Gruppe rund zehn Prozentpunkte aus und liegt damit weiterhin deutlich unter dem entsprechenden Wert für die Gesamtbevölkerung. Dieses vergleichsweise geringe Armutsrisiko für die Mehrheit der älteren Bevölkerung kommt vor allem durch den haushaltsinternen Umverteilungsprozess zustande, bei der eventuell geringe Einkommen des einen Partners durch entsprechende Einkünfte des anderen ausgeglichen werden.⁶ Erst wenn dieses Ausgleichssystem nicht ausreichend sein sollte, kommt staatliche Aktivität z.B. durch die Gewährung von Grundsicherung im Alter zum Tragen. Entsprechend gering sind die Inanspruchnahmequoten für die Grundsicherung im Alter, die im Jahre 2009 bei 2,4% der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren lag (Statistisches Bundesamt 2011b).

Bei Einpersonenhaushalten entfällt definitionsgemäß die Möglichkeit eines haushaltsinternen Umverteilungsprozesses. Entsprechend ist auch das Armutsrisiko bei allein lebenden älteren Menschen deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung. Zu Beginn der 90er Jahre machte die Quote bei dieser Gruppe rund 30% aus, was auf die schwache Einkommenssituation von älteren Menschen in Ostdeutschland zurück zu führen ist. Mitte der 90er Jahre pendelte sich das Armutsrisiko dieser Personengruppe bei rund 20% ein. Bei den Hochaltrigen – Personen im Alter ab 75 Jahren – ging das Armutsrisiko Mitte der 2000er Jahre sogar auf rund 17% zurück. Am aktuellen Rand erreicht dieser Wert aber wieder mehr als ein Fünftel. Differenziert nach dem Geschlecht muss konstatiert werden, dass das Armutsrisiko von allein lebenden hochaltrigen Frauen – überwiegend Witwen – nochmals drei bis vier Prozentpunkte über diesem Wert liegt. Altersarmut ist demnach vor allem bei Alleinlebenden älteren Menschen, insbesondere älteren Frauen, anzutreffen.

⁶ Zudem wirkt sich hier die unterstellte modifizierte OECD-Äquivalenzskala auf die Höhe der Armutsquote aus, da bei einer höheren Gewichtung der Bedarfe weiterer Haushaltsmitglieder die Armutsrisikoquote bei Mehrpersonenhaushalten entsprechend höher im Vergleich zu Einpersonenhaushalten ausfallen würde.

Abbildung 4: Armutsrisiko nach Haushaltstyp – 1992-2009



Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob die Haushaltsstrukturen, in denen ältere Menschen leben, sich in den vergangenen Jahren verändert haben, da ex ante die generelle Zunahme von Einpersonenhaushalten bei gegebenem Einkommensniveau zu einer Zunahme von Ungleichheit und u.U. auch zu einem zunehmenden Armutsrisiko führen kann (Goebel und Krause 2007, Peichl et al. 2010). Abbildung 5 gibt den Bevölkerungsanteil von älteren Menschen nach dem Haushaltstyp an. Ausgewiesen sind nur Einpersonenhaushalte, da in diesen mehr als 95% aller Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren leben. Im Jahre 2008 lebten rund 18 Mio. Menschen in Deutschland, die das 65. Lebensjahr bereits erreicht haben. Von diesen lebten gut 62% mit einem Lebens- oder Ehepartner zusammen, 34% wohnten alleine – weit überwiegend allein lebende Frauen, der restliche Teil lebt in Mehrgenerationenhaushalten oder sonstigen Haushaltskonstellationen.

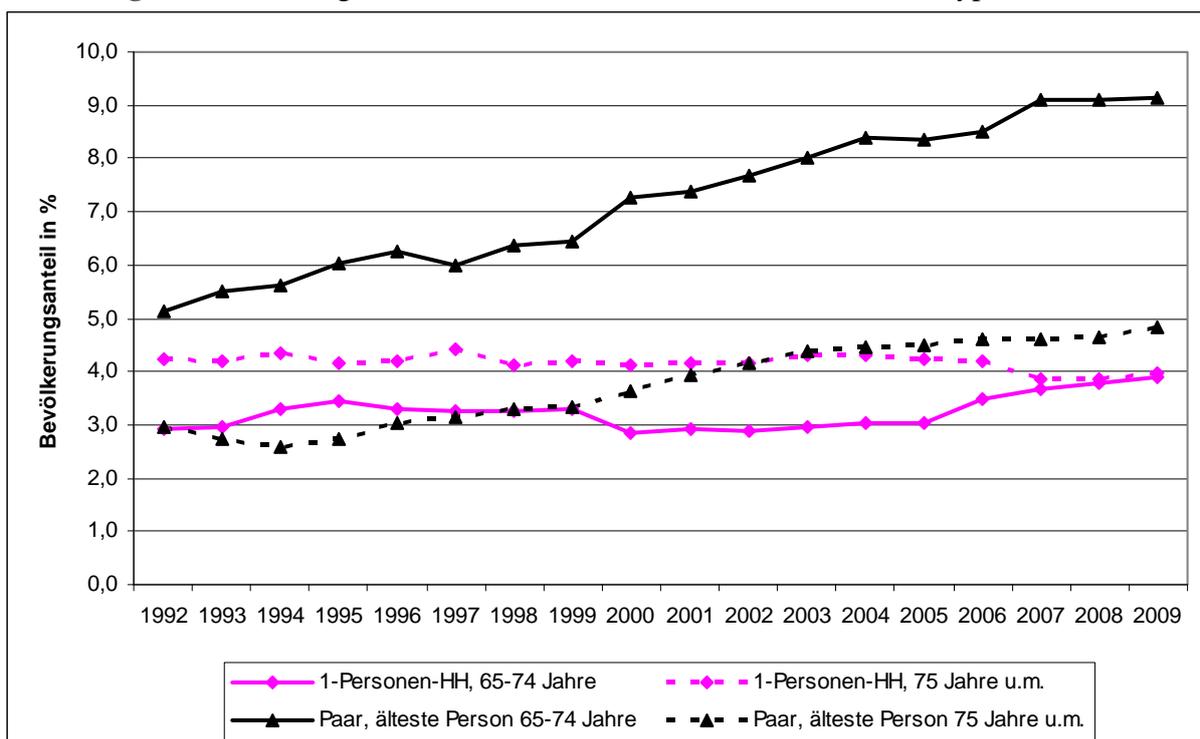
Betrachtet man die Veränderung der Bevölkerungsanteile älterer Menschen über die Zeit hinweg, so fällt auf, dass sich der Anteil der Einpersonenhaushalte mit älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung seit 1992 nur wenig verändert hat. Der Anteil der alten Allein-

lebenden (65-74 Jahre) ist gerade einmal um einen Prozentpunkt gestiegen, der der hochaltrigen Alleinlebenden (75 und mehr Jahre) bleibt stabil um 4%.

Anders verhält es sich mit den Paarhaushalten. Vor allem für die Gruppe der 65- bis 74-Jährigen, die in Paarhaushalten leben, ist der Bevölkerungsanteil um 4 Prozentpunkte deutlich gestiegen. Aber auch bei den Hochaltrigen in Paarhaushalten (älteste Person 75 Jahre und älter) ist ein steigender Bevölkerungsanteil zu beobachten.

Aufgrund des steigenden Anteils von Paarhaushalten unter älteren Menschen steigt somit auch die Kompensationsmöglichkeit von geringem Einkommen im Haushaltszusammenhang. Dieser haushaltsinterne Umverteilungsprozess kann dazu führen, dass das Armutsrisiko über alle älteren Personen derzeit nicht steigt, obwohl die GRV-Zahlbeträge bei Neurentnern rückläufig sind. Bei unveränderter Haushaltsstruktur und einem entsprechend höheren Anteil allein lebender Älterer hätte die Armutsrisikoquote ansteigen können.

Abbildung 5: Bevölkerungsanteile von älteren Menschen nach Haushaltstyp – 1992-2009

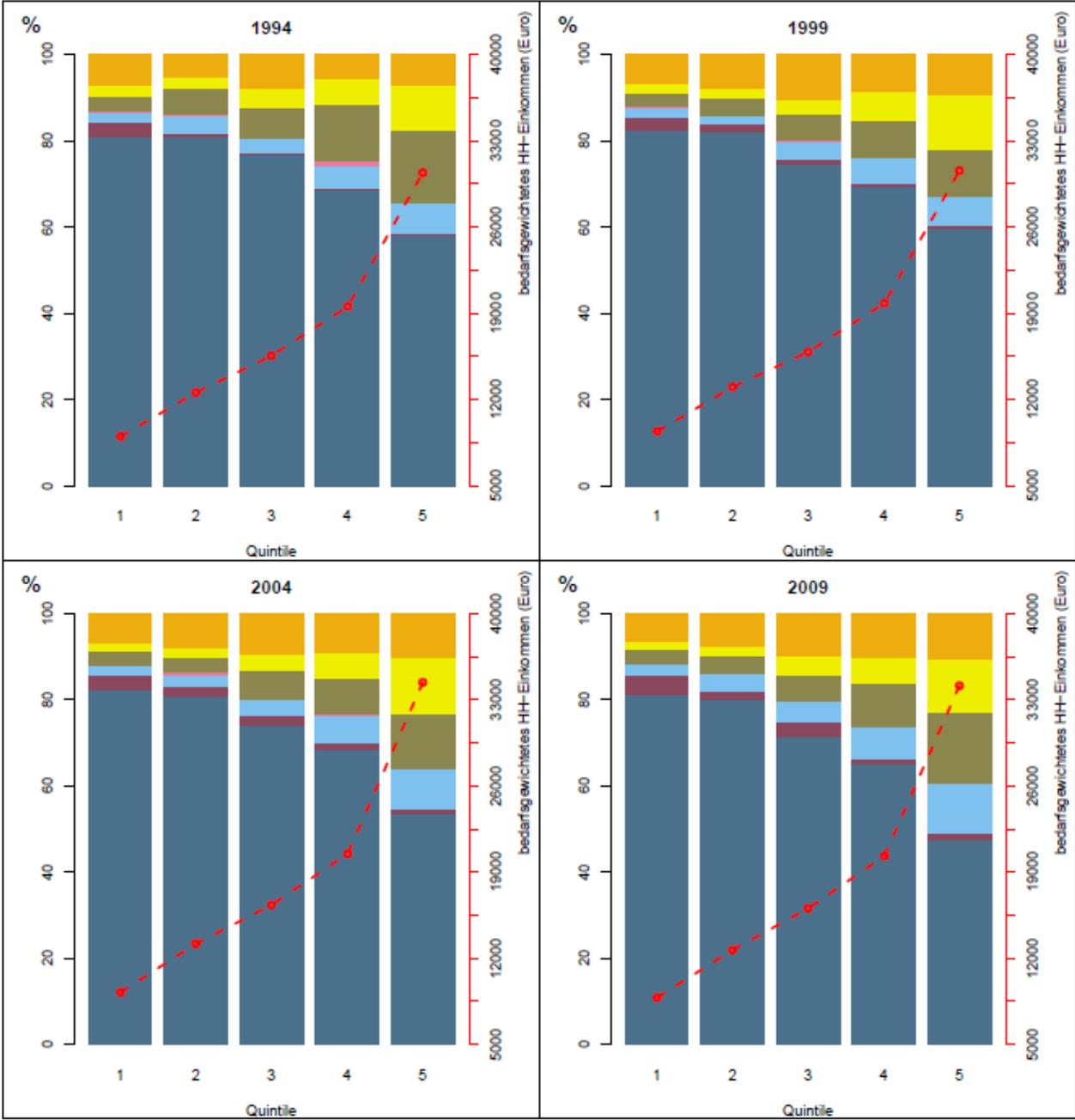


Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten im Alter von 65 Jahren und mehr.

Veränderungen des Einkommensportfolios älterer Menschen haben ebenfalls einen Einfluss auf das Ausmaß des Armutsrisikos von Älteren. Insbesondere die Entwicklung der privaten Altersvorsorge ist dabei von Interesse, da mit den vergangenen Reformen der Alterssicherung ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Eigenvorsorge stattgefunden hat.

Für ältere Personen in den ersten beiden Quintile der gesamtdeutschen Einkommensverteilung ist eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung nach wie vor die zentrale Komponente ihres Haushaltsbruttoeinkommens. Im Zeitraum von 1994 bis 2009 verharrt diese auf einem Niveau von rund 81% (Abbildung 6). Der Stellenwert der GRV-Rentenzahlungen ist in dieser Periode über die gesamte Einkommensverteilung zwar rückläufig, dabei aber stark abhängig von der Position in der Einkommensverteilung. Während es in den unteren Quintilen nur marginale Rückgänge gab, ist der Anteil der GRV Zahlungen am Haushaltsbruttoeinkommen für das oberste Quintil im gleichen Zeitraum von 58% auf 48% gesunken.

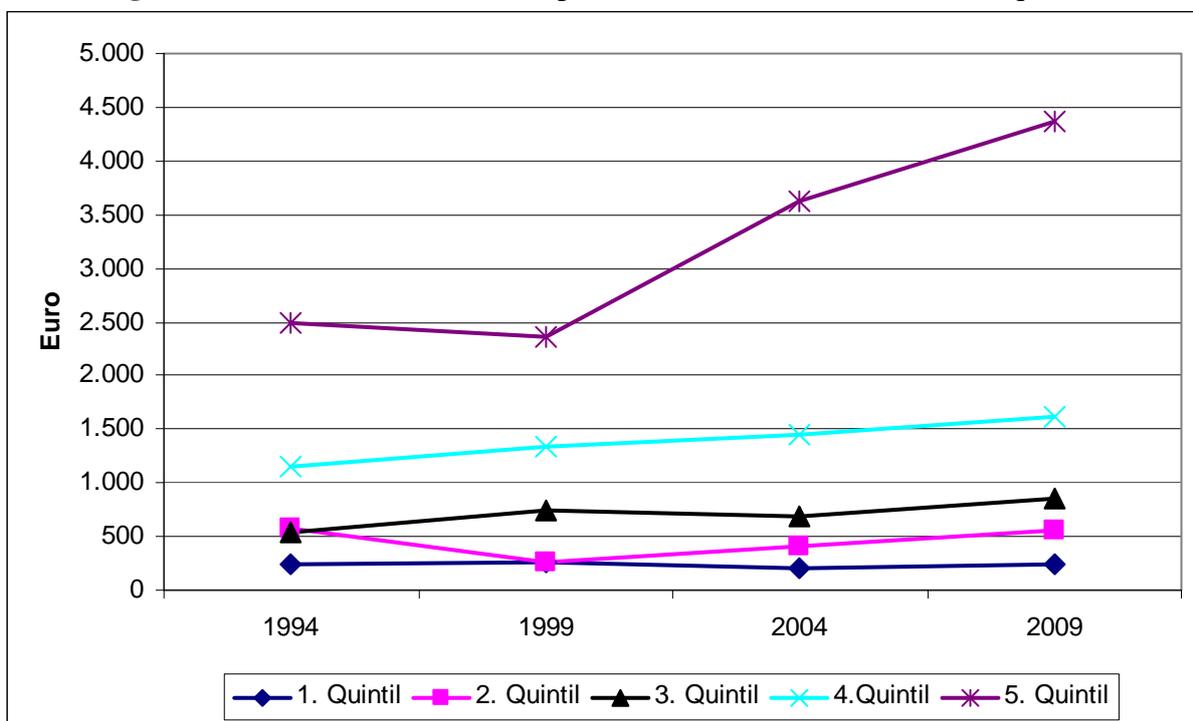
Abbildung 6: Höhe des Haushaltsnettoeinkommens und Portfoliostruktur nach Quintilen für Personen ab 65 Jahren – ausgewählte Jahre



Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten im Alter von 65 und mehr Jahren.

Die Abnahme der Bedeutung der GRV Zahlungen insbesondere für die älteren Personen mit höheren Einkommen geht spiegelbildlich einher mit der Zunahme der Zahlungen aus der privaten Altersvorsorge zu der hier auch Betriebsrenten gezählt werden. So stieg der Anteil der privaten Rentenzahlungen im obersten Quintil von 7% auf über 11%, während er im untersten Quintil bei rund 2,5% stagniert. Bei Berücksichtigung des gestiegenen Abstands zwischen den Einkommensmittelwerten der einzelnen Quintile, zeigt sich eine enorme Zunahme in der Spreizung der mittleren Beträge aus der privaten Altersvorsorge über die Einkommensverteilung (Abbildung 7)

Abbildung 7: Durchschnittliche Höhe von privaten Renten nach Einkommensquintilen¹



¹: Quintile bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten im Alter von 65 und mehr Jahren.

Die Ungleichheit bei den privaten Rentenzahlungen ist viel höher als bei den Zahlungen aus der GRV. Im Gegensatz zur GRV ist hier die Ungleichheit in den letzten Jahren auch gestiegen. Die stärkste Ungleichheit findet sich aber weiterhin bei den Einkommen aus Vermögen. In den unteren beiden Quintile liegt der Anteil am gesamten Haushaltsbruttoeinkommen im Jahr 2009 um 2% (dies entspricht 200-300 €), während er im obersten Quintil – trotz leichter Einbrüche vermutlich aufgrund der aktuellen Finanzmarktkrise – bei über 12% liegt (dies entspricht knapp 4800 €).

Betrachtet man die verbleibenden Komponenten des Haushaltsbruttoeinkommens, so zeigt sich eine nur sehr geringe Bedeutung staatlicher Transfers für ältere Menschen als auch von empfangenen privaten Transfers (Abbildung 6).⁷ Eine erhebliche Bedeutung hat jedoch der Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums, der zwischen 6% bis 10% des Haushaltsbruttoeinkommens aller Rentnerhaushalte ausmacht. Bei dieser Personengruppe kommt dem Wohneigentum die meiste Bedeutung zu, da in der Regel mit dem Eintritt in die Rentenphase Hypotheken zurückbezahlt sind und der volle Einkommensvorteil aus einer entschuldeten Immobilie gezogen werden kann. Für ältere Menschen führt daher die Berücksichtigung von selbstgenutztem Wohneigentum zu einer deutlichen Verringerung des Armutsrisikos. Auch Erwerbseinkommen tragen zum Haushaltsbudget bei. So findet sich ein Anteil von knapp 17% an Erwerbseinkommen im obersten Quintil, die aus Erwerbstätigkeit eines jüngeren Haushaltsmitglieds als auch aus Erwerbstätigkeit eines Rentners (z.B. aus geringfügiger Beschäftigung) stammen kann. Der entsprechende Anteil ist über die Zeit hinweg in allen Einkommensquintilen nahezu gleich geblieben.

4. Entwicklung der Netto-Vermögen und der Vermögensarmut

Um die Wohlfahrtsposition von älteren Menschen in Deutschland umfassend zu beschreiben bedarf es neben der Analyse der Einkommenssituation auch einer Bestandsaufnahme der Vermögen. Im SOEP wurden in den Jahren 2002 und 2007 umfassend die Vermögen der privaten Haushalte erhoben. Hierbei wird nach folgenden Komponenten unterschieden: Immobilienbesitz, Geldvermögen in Form von Sparanlagen bei Banken, private Lebens- und Rentenversicherungen, Bausparvermögen, Betriebsvermögen, sowie Wertsachen (wertvolle Sammlungen, wie Kunst, Schmuck etc.). Darüber hinaus werden auch die Verbindlichkeiten erfasst, vorwiegend Hypotheken und Konsumentenkredite. Zieht man vom Bruttovermögen die Verbindlichkeiten ab, erhält man das verteilungsrelevante Nettovermögen. Nicht enthalten in diesem Vermögensbegriff ist der Wert des Hausrats und von Fahrzeugen, als auch Anwartschaften an die diversen Alterssicherungssysteme.⁸

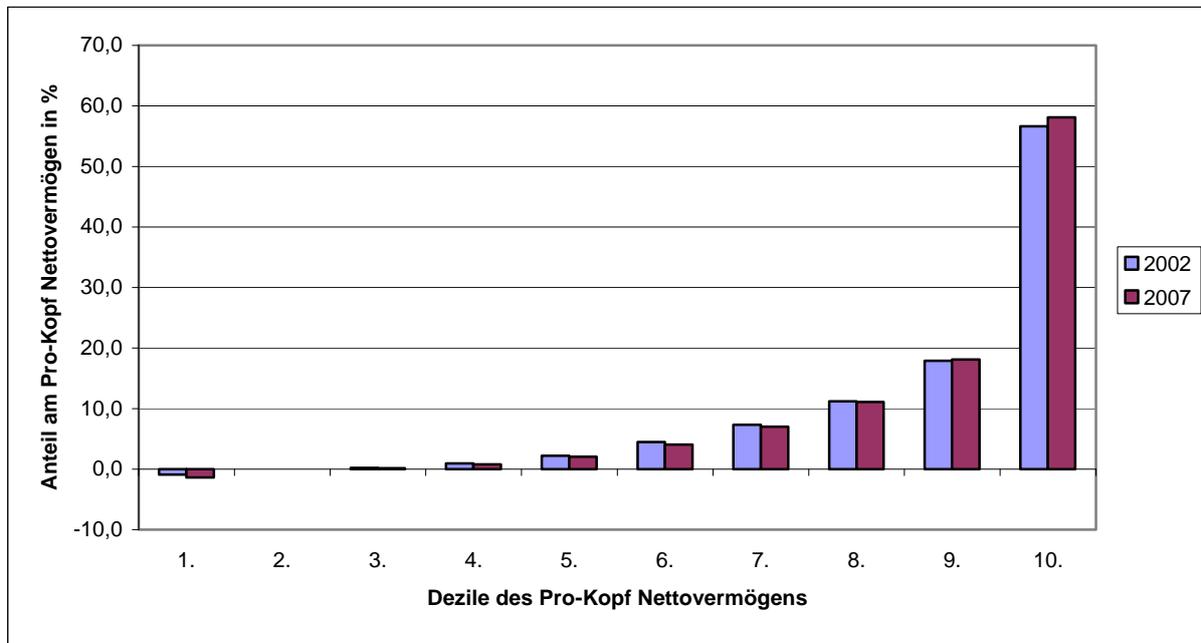
⁷ Zur Relevanz von Erbschaften für die Alterssicherung vgl. Lux und Schupp 2010.

⁸ Zur Relevanz von Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme bei Vermögensanalysen vergleiche Frick et al. (2010).

Im SOEP werden zwar die Vermögen individuell erfasst, da aber die laufenden Einkommen in dieser Analyse nur auf der Haushaltsebene verfügbar sind, und um eine bessere Vergleichbarkeit mit den Vermögen zu erzielen, werden diese im Folgenden zunächst auf Haushaltsebene aggregiert und anschließend als bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Vermögen ausgewiesen.

Die Pro-Kopf-Nettovermögen sind weit ungleicher verteilt als die laufenden verfügbaren Haushaltseinkommen (Abbildung 8). Das oberste Vermögensdezil hatte einen Anteil am gesamten Nettovermögen von nahezu 60%. Im Gegensatz dazu verfügte die untere Hälfte der Vermögensverteilung nur über ein Pro-Kopf-Vermögen von gerade einmal 1,6%. Zwischen 2002 und 2007 hat die Konzentration der Vermögen zugenommen.

Abbildung 8: Verteilung der Pro-Kopf-Nettovermögen nach Dezilen



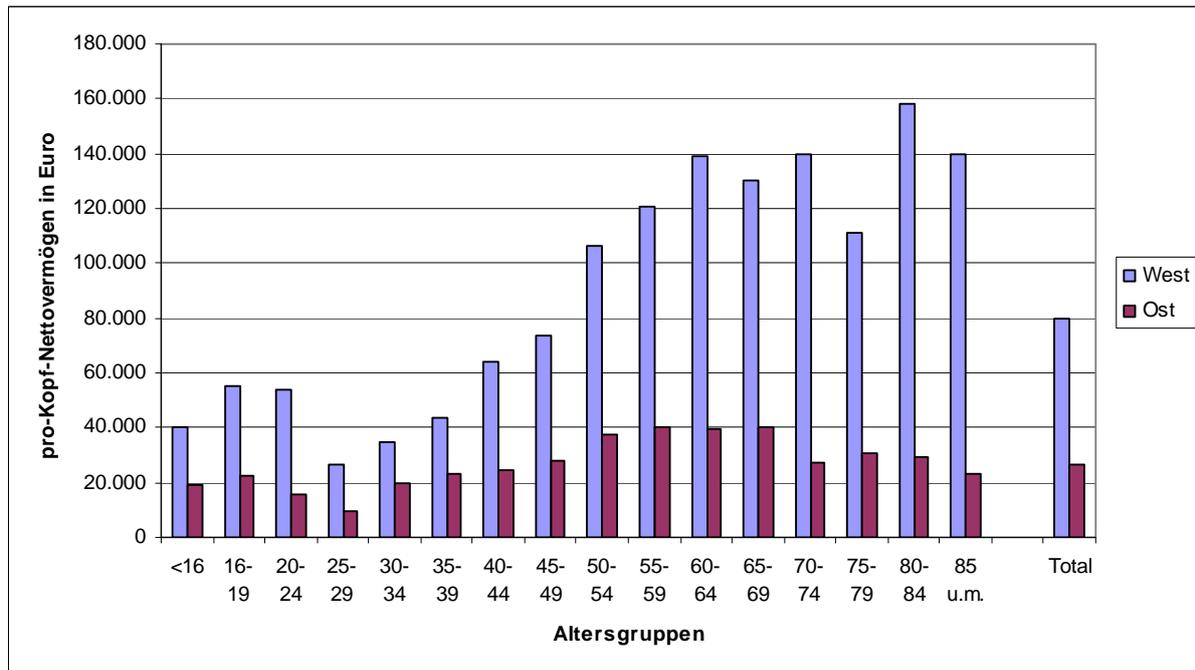
Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

Über den Lebenszyklus hinweg kommt es zu erheblichen Veränderungen in der Vermögenshöhe (Modigliani 1988) (Abbildung 9). Jungen Menschen steht bei Eintritt in das Erwerbsleben in der Regel nur ein geringes Pro-Kopf-Vermögen zur Verfügung. Dieses beläuft sich in der Gruppe der 25- bis 29-Jährigen in Westdeutschland auf etwas mehr als 25.000 Euro, in Ostdeutschland nur auf 10.000 Euro. Bis zum Renteneintritt (Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen) steigt das Nettovermögen kontinuierlich an und erreicht seinen vorläufigen Höchstwert mit knapp 140.000 Euro in West- und etwa 40.000 Euro in Ostdeutschland. Nach der Lebenszyklushypothese ist davon auszugehen, dass mit dem Eintritt

in den Ruhestand Einkommenslücken auftreten, die durch „Entsparen“ ausgeglichen werden. Dies ist in der Tendenz aber nur bis zu der Altersgruppe der 75- bis 79-Jährigen zu beobachten, deren Vermögen sinkt in Westdeutschland auf gut 110.000 Euro, in Ostdeutschland ist ein Rückgang auf 30.000 Euro zu konstatieren. Überraschenderweise steigt für die Hochaltrigen (ab 80 Jahren) das durchschnittliche Pro-Kopf-Nettovermögen in Westdeutschland aber wieder deutlich an und erreicht Werte von knapp 160.000 Euro. Dieser Befund dürfte einerseits das Ergebnis unterschiedlicher Mortalität je nach sozialer Lage (Himmelreicher et al. 2008) andererseits auch dem selektiven Re-Migrationsverhalten geschuldet sein. Als weitere Ursache kann angeführt werden, dass dies diejenigen Kohorten sind, die nach dem 2. Weltkrieg über durchgängige Erwerbskarrieren verfügten und kontinuierlich Vermögen aufbauen konnten. Nachfolgende Kohorten weisen demgegenüber ein erhöhtes Risiko für Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Arbeitslosigkeit auf. Letztlich wird in der Literatur verstärkt die Annahme des „Entsparen“ in Frage gestellt, da empirische Befunde eher auf ein weiteres Ansparen von Vermögen im höheren Lebensalter hindeuten (Börsch-Supan 2005).

Beim Vergleich der Vermögenshöhe zwischen den beiden Regionen ist zu beobachten, dass in Ostdeutschland durchweg das durchschnittliche Vermögen deutlich niedriger ausfällt als in Westdeutschland. Bei den Älteren ist dies vor allem der unterschiedlichen Bedeutung von privatem Kapital in den beiden Landesteilen vor der Wiedervereinigung geschuldet, da z.B. der Besitz von Betriebsvermögen in privater Hand in der DDR nahezu ausgeschlossen war. Bei den Jüngeren wirkt sich die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und ein weiterhin unterdurchschnittliches Einkommensniveau mit entsprechend reduzierten Möglichkeiten des Sparens aus (Goebel et al. 2010).

Abbildung 9: Höhe der Pro-Kopf-Nettvermögen nach Alter und Region

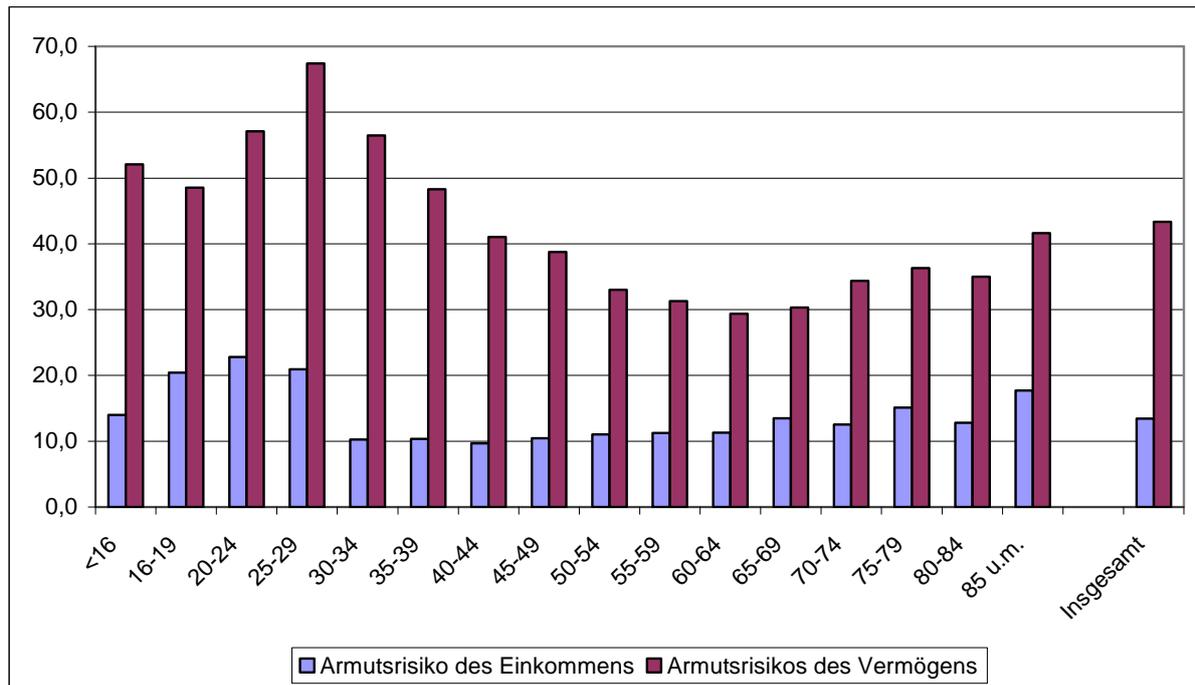


Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

Basierend auf dem Pro-Kopf-Nettvermögen kann ebenfalls ein „Armutrisiko“ errechnet werden. Analog zum Einkommensarmutrisiko wird das Armutrisiko beim Vermögen anhand einer relativen Armutsschwelle von 60% des Medians der Pro-Kopf-Nettvermögen bestimmt und lag in 2007 bei 12.300 Euro.⁹ Während das Armutrisiko beim Einkommen im Jahre 2007 bei etwa 13% liegt, fällt der entsprechende Wert des Armutrisikos beim Vermögen mit rund 43% erheblich höher aus und unterstreicht die weitaus ungleichere Verteilung der Vermögen im Vergleich zum Einkommen. Die Verteilung der Vermögensarmut über Altersgruppen hinweg ähnelt dem der Einkommensarmut (Abbildung 10); hohe Armutrisiken liegen vor allem für junge Erwachsene vor, in den mittleren Altersgruppen findet sich ein eher unterdurchschnittliches Armutrisiko, während im höheren Lebensalter das Armutrisiko wieder ansteigt. Ein wichtiger Unterschied zeigt sich jedoch im Verlauf der beiden Kurven bei den 30 bis 64 Jährigen. Während Einkommensarmut leicht zunimmt, sinkt dagegen die Vermögensarmut kontinuierlich bis zu ihrem niedrigsten Punkt beim Renteneintrittsalter.

⁹ Im Gegensatz zur Armutrisikoquote beim Einkommen liegen keine allgemein verbindlichen Definitionen für Vermögensarmut vor. Alternative Ansätze zur Bestimmung des Armutrisikos beim Vermögen finden sich bei Caner und Wolff (2004).

Abbildung 10: Einkommens-¹ und Vermögensarmut² nach Alter – 2007



¹: Armutsschwelle bei 60% des Median der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der Gesamtbevölkerung unter Verwendung der modifizierten OECD-Äquivalenzskala

²: Relative Vermögensarmut auf Basis von weniger als 60% des Median der Pro-Kopf gewichteten Nettohaushaltsvermögen der Gesamtbevölkerung

Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

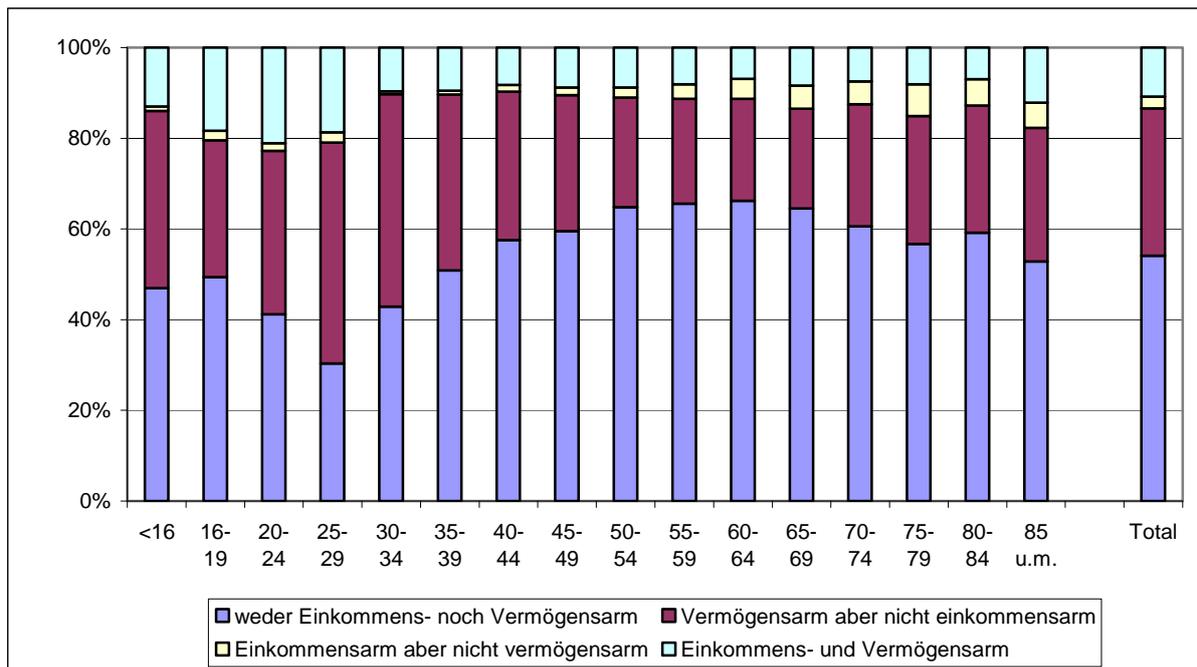
5. Einkommens- und Vermögensarmut – eine Gesamtschau

Die sozialpolitische Relevanz von Einkommensarmut im Alter ist umso höher je weniger Vermögen zur Kompensation von Einkommensausfällen bei Renteneintritt vorliegt. Auf Grund der sehr ungleichen Vermögensverteilung sind diese Kompensationsmöglichkeiten jedoch beschränkt. In Abbildung 11 wurde das Armutrisiko bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen mit dem Armutrisiko des Pro-Kopf-Nettovermögens kombiniert. Es lassen sich vier Gruppen je nach Armutsbetroffenheit unterscheiden: die Gruppe der weder Einkommens- noch Vermögensarmen, die Einkommensarmen die aber nicht vermögensarm sind, die Vermögensarmen die aber nicht einkommensarm sind und letztlich die Einkommens- und Vermögensarmen. Die letztgenannte Gruppe hat einen Anteil an der gesamten Bevölkerung von gut 10%. Deren Anteil nimmt zwar rund um das Verrrentungsalter den geringsten Wert mit weniger als 7% an, mit zunehmenden Alter steigt aber die Betroffenheit wieder an.

Sozialpolitisch unproblematisch ist offenkundig die Gruppe der weder Einkommens- noch Vermögensarmen, diese macht mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung aus. Nach dem Renteneintritt findet sich ein überdurchschnittlicher Anteil von weder Einkommens- noch Vermögensarmen. Eine weitere sozialpolitisch unproblematische Gruppe stellen die Vermögens- aber nicht Einkommensarmen dar. Deren laufende Einkommen reichen zumindest aus, um diese über die Einkommensarmutsschwelle zu heben. Immerhin rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung in zu dieser Gruppe zu zählen, wenngleich unter den oberen Altersgruppen eher unterdurchschnittliche Bevölkerungsanteile zu konstatieren sind.

Aus sozialpolitischer Sicht sind aber die Einkommensarmen vorrangig von Interesse. Deren Bevölkerungsanteil belief sich in 2007 auf 13,4%. Die Einkommensarmen werden dominiert von der Gruppe der Einkommens- und Vermögensarmen, denn mehr als 80% der Einkommensarmen sind gleichzeitig auch vermögensarm. Gemessen an der Gesamtbevölkerung beläuft sich deren Anteil auf 10,8%. Lediglich ein Fünftel der Einkommensarmen können auf nennenswertes Vermögen zurückgreifen, das oberhalb der Vermögensarmutsschwelle liegt. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung beläuft sich auf weniger als 3%. Diese Gruppe findet sich vorrangig im höheren Lebensalter. Nach dem Renteneintritt beläuft sich deren Bevölkerungsanteil immerhin auf mehr als 5%.

Abbildung 11: Betroffenheit von Einkommens-¹ und Vermögensarmut² nach Altersgruppen (2007)



¹: Armutsschwelle bei 60% des Median der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der Gesamtbevölkerung unter Verwendung der modifizierten OECD-Äquivalenzskala

²: Relative Vermögensarmut auf Basis von weniger als 60% des Median der Pro-Kopf gewichteten Nettohaushaltsvermögen der Gesamtbevölkerung

Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

Hierbei ist aber zu beachten, dass zum einen Vermögen aus schwer liquidierbaren Vermögensbeständen wie Immobilien bestehen kann und zum anderen nur einmal zur Schließung von Einkommenslücken verwendet werden kann. Nach Auszehren des Vermögens kann dann eine Bedürftigkeit im Sinne der Anspruchsberechtigung für die Grundsicherung im Alter vorliegen.

6. Fazit

Das Armutsrisiko ist in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren für die Gesamtbevölkerung deutlich angestiegen. Während relative Einkommensarmut unter älteren Menschen zu Beginn der 90er Jahre noch überdurchschnittlich häufig vorkam, zeigt sich am aktuellen Rand, dass das Risiko für ältere Paar-Haushalte derzeit auf einem unterdurchschnittlichen Niveau und das der alleinlebenden Älteren nur auf einem leicht überdurchschnittlichen liegt. Dieser Befund ist vor dem Hintergrund der sinkenden Zahlbeträge von Neurentnern der GRV erstaunlich, da dieses Einkommen immer noch den zentralen Pfeiler der Alterssicherung in

Deutschland bildet. Andere Einkommenskomponenten – insbesondere die der privaten Absicherung – haben in den vergangenen Jahren nur langsam an Bedeutung gewonnen und hierbei vor allem nur am oberen Rand der Einkommensverteilung. Eine wesentliche Ursache für das insgesamt leicht unterdurchschnittliche Armutsrisiko der älteren Bevölkerung in Deutschland ist in der sich ändernden Haushaltsstruktur zu sehen. Während Anfang der 90er Jahre nur etwas mehr als jeder zweite Ältere in einem Paarhaushalt lebte, ist dieser Anteil auf fast zwei Drittel angestiegen. Unterstellt man eine unveränderte Einkommenssituation, bewirkt diese veränderte Haushaltstruktur ein sinkendes Armutsrisiko, da vermehrt ein haushaltsinterner Umverteilungsprozess wirken kann, bei dem fixe Kosten auf nunmehr zwei Personen verteilt werden können.

Erweitert man die einkommensbezogene Analyse um das private Vermögen, so zeigt sich, dass mit dem Lebensalter auch das zur Verfügung stehende Nettovermögen deutlich ansteigt und im höheren Lebensalter – zumindest in Westdeutschland – seinen Höchstwert erreicht. Eine Kombination die beiden ökonomischen Größen Einkommen und Vermögen zeigt, dass zumindest in der Gruppe der älteren Menschen ein nennenswerter Teil zwar einkommensarm ist, aber nicht vermögensarm ist. Das Problem der Altersarmut liegt damit bei einem etwas kleineren Teil der älteren Bevölkerung vor, als dies die Analysen zur Einkommensarmut suggerieren. Insgesamt sind knapp 11% der Gesamtbevölkerung sowohl einkommens- als auch vermögensarm.

Die Darstellung der Einkommensportfolios von Älteren macht deutlich, dass nach wie vor für den unteren Teil der Einkommensverteilung die Zahlungen aus der GRV den Hauptbestandteil des Einkommens ausmachen. Die bisherige Verbreitung der privaten Alterssicherung deutet auf keinen Bedeutungszuwachs bei ärmeren Rentnern/innen hin, die entstehenden Lücken in der Altersvorsorge aufgrund der abnehmenden Bedeutung der GRV können damit zumindest derzeit nicht geschlossen werden. Vielmehr zeigt die empirische Analyse, dass die Verteilungswirkung der Zahlungen aus der privaten Alterssicherung eher ungleichheitssteigernd ist, da vor allem Personen der oberen Einkommenshälfte solche Einkommen beziehen.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung von Lücken im Erwerbsverlauf und längeren Ausbildungsdauern unter den derzeitigen Erwerbspersonen ist davon auszugehen, dass das Phänomen der Altersarmut in Zukunft wieder an Bedeutung gewinnen wird (Geyer

und Steiner 2010). Neben den rückläufigen Zahlbeträgen einer GRV-Rente bei Neurentnern deutet auch die in den letzten Jahren deutlich gewachsene Zahl der Empfänger von Grundsicherungsleistungen darauf hin, dass das Risiko für Altersarmut in den nächsten zehn Jahren vermutlich zunehmen wird. Dem kann eine weitere Veränderung der Haushaltsstrukturen hin zu mehr Paarhaushalten zum Teil entgegen wirken, dies wird aber das grundsätzliche Problem eines generell absinkenden Rentenniveaus in Verbindung mit sinkenden Anwartschaften für breite Teil der Erwerbsbevölkerung nur mildern können. Auch der weitere Ausbau der privaten Alterssicherung löst nicht die grundlegende Problematik des Schutz vor Altersarmut, da insbesondere private Rentenverträge – wie die Riesterrente – vor allem von Personen am oberen Rand der Einkommensverteilung in Anspruch genommen werden. Diese Form der Alterssicherung ist gerade bei denjenigen unterdurchschnittlich verbreitet, die diesen Pfeiler der Alterssicherung besonders nötig hätten (Pfarr und Schneider 2011). Es bedarf daher mittelfristig wirkender Reformen im Bereich der Alterssicherung, die nachhaltig das Risiko von Altersarmut reduzieren. Neben einer Weiterentwicklung der GRV hin zu einer Erwerbstätigenversicherung (Gesprächskreis Sozialpolitik 2008) kann hierbei auch an weitergehende Reformmodelle wie z.B. eines universellen Alterssicherungssystems mit allgemeiner Versicherungspflicht in der GRV in Kombination mit einer Mindestrente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung gedacht werden (Meinhardt und Grabka 2009).

Literaturverzeichnis

- Atkinson, T., B. Cantillon, E. Marlier und B. Nolan (2002): *Social Indicators. The EU and Social Inclusion*, Oxford.
- Becker, I. (2010): *Bedarfsbemessung bei Hartz IV zur Ableitung von Regelleistungen auf der Basis des "Hartz-IV-Urteils" des Bundesverfassungsgerichts*. WISO Diskurs. Friedrich Ebert Stiftung: Bonn.
- Börsch-Supan, A. (2005): *Risiken im Lebenszyklus: Theorie und Evidenz*. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 6(4): 449-469.
- Caner, A. und E. N. Wolff (2004): *Asset poverty in the United States, 1984-99: Evidence from the panel study of income dynamics*. *Review of Income and Wealth*, 50(4): 493-518.
- Deutsche Rentenversicherung Bund (2010). *Rentenversicherung in Zeitreihen*. DRV-Schriften Band 22.
- Frick, J. R., M. M. Grabka und R. Hauser (2010): *Die Verteilung der Vermögen in Deutschland. Empirische Analysen für Personen und Haushalte*. *Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung* Nr. 118, Berlin, Edition Sigma.
- Gesprächskreis Sozialpolitik (2008): *Erwerbstätigenversicherung Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung*. *Wiso Diskurs*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Oktober.
- Geyer, J. und V. Steiner (2010): *Künftige Altersrenten in Deutschland: relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten*. *DIW Wochenbericht* Nr. 11/2010: 1-11.
- Goebel, J., R. Habich und P. Krause (2010): *Ost-West-Angleichung von Einkommen und Zufriedenheit im Lebenszyklus*. In: Krause, P. und I. Ostner (Hg.): *Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010*, Campus: Frankfurt/New York, S. 463-491.
- Goebel, J. und P. Krause (2007) *Gestiegene Einkommensungleichheit in Deutschland*. *Wirtschaftsdienst*, 87(12), S. 824-832 (DOI: [10.1007/s10273-007-0740-z](https://doi.org/10.1007/s10273-007-0740-z)).
- Grabka, M. M. und J. R. Frick (2010): *Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen*. *Wochenbericht des DIW*, Nr. 7/2010: 2-11.
- Himmelreicher, R. K., D. Sewöster, R. Schulz und A. Schulz (2008): *Die fernere Lebenserwartung von Rentnern und Pensionären im Vergleich*. *WSI Mitteilungen* 5: 274–280.
- Lux, T. und J. Schupp (2010): *Analyse des Erbschafts- und Schenkungsgeschehens*. DRV-Schriften Band 90, S. 49-61.
- Meinhardt, V. und M. M. Grabka (2009): *Grundstruktur eines universellen Alterssicherungssystems mit Mindestrente*. *Diskussionspapier des Gesprächskreises Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung*.
- Modigliani, F. (1988): *The Role of Intergenerational Transfers and Life Cycle Saving in the Accumulation of Wealth*. *The Journal of Economic Perspectives* 2(2): 15-40.
- Peichl, A., N. Pestel und H. Schneider (2010): *Does Size Matter? The Impact of Changes in Household Structure on Income Distribution in Germany*. *SOEPpapers* 280, DIW Berlin.
- Pfarr, C. und U.Schneider (2011): *Anreizeffekte und Angebotsinduzierung im Rahmen der Riester-Rente: Eine empirische Analyse geschlechts- und sozialisationsbedingter Unterschiede*. In: *Perspektiven für Wirtschaftspolitik* 12(1): 27-46.

Schupp, J. (2009): Is There a Growing Risk on Old-Age Poverty in East-Germany? Comment. Applied Economics Quarterly Supplement, 60: 51-54.

Statistisches Bundesamt (2010): Statistisches Jahrbuch 2010. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2011a): Sozialeleistungen - Sozialhilfe - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - 4. Kapitel SGB XII. Empfängerinnen und Empfänger. Insgesamt, nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit – Zeitreihe.

(<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Sozialeleistungen/Sozialhilfe/Grundsicherung/Tabellen/Content100/GeschlechtDeutschNichtDeutsch,templateId=renderPrint.psml>)

Statistisches Bundesamt (2011b): Sozialeleistungen - Sozialhilfe - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - 4. Kapitel SGB XII. Empfängerinnen und Empfänger. Altersgruppen und Quote – Zeitreihe

(<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Sozialeleistungen/Sozialhilfe/Grundsicherung/Tabellen/Content50/InsgesamtQuoteAltersgruppenJahre,templateId=renderPrint.psml>)